



Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 7. Februar d. J. die Landesgerichtsräthe Johann Vanda und Karl Maydl in Prag zu Rätthen des böhmischen Oberlandesgerichtes allergnädigst zu ernennen geruht.

Sabietinet m. p.

Der Justizminister hat den Bezirksrichter in Tarvis Karl Klimbacher zum Landesgerichtsrathe in Klagenfurt ernannt.

Der Justizminister hat den Auscultanten Franz Frischenschlager zum Bezirksgerichtsadjuncten in Rindberg ernannt.

Der Justizminister hat den Auscultanten Hermann Haas v. Ehrenfeld zum Bezirksgerichtsadjuncten in Rohrbach ernannt.

Nichtamtlicher Theil. Politische Uebersicht.

Laibach, 16. Februar.

Die „Bohemia“ meldet: Ein Rundschreiben des Reichskanzlers Beust verständigt die Gesandten von der Bildung des neuen Cabinetes. Die auswärtige Politik werde durch diese Aenderung in keiner Weise alterirt.

Das „Prager Abendblatt“ dementirt die Absicht des Grafen Taaffe, eine Ausgleichsreise zu unternehmen, der die Einberufung einer Constituante mit vorhergehender Auflösung des Reichsrathes folgen soll. Die Berufung einer Constituante wäre verfassungswidrig und ist daher unmöglich. Außerdem wird versichert, daß die angebliehen Differenzen zwischen den Grafen Beust und Hohenwart nicht existiren; im Gegentheil legt Hohenwart hohen Werth auf das Zusammengehen mit dem Reichskanzler und auf die in jedem Staate notwendige Erhaltung der Harmonie in den höchsten Regierungssphären.

Wie in diplomatischen Kreisen verlautet, ist das vom englischen Cabinet gestellte Ansuchen auf Mittheilung der deutscherseits in Aussicht genommenen Friedensbedingungen für Frankreich deutscherseits, unter Bezugnahme auf frühere diplomatische Aeußerungen in dieser Angelegenheit, ablehnend beantwortet worden.

Der Manchester „Guardian“ meldet aus Paris vom 13. Februar: Alles ist arrangirt. In Bordeaux ist ein Comité für die Verhandlungen mit den Deutschen ernannt worden. Der Entwurf des Friedenstractates ist in Uebereinstimmung mit Bismarck und Molte festgesetzt. Behufs rascher Erwirkung der Unterzeichnung soll die Belagerungsarmee unverweilt durch Paris vom Triumphbogen aus nach dem Straßburger Bahnhofe marschiren und von dort auf der Eisenbahn heimkehren. Im Falle der Unterzeichnung wird das Parlament sofort nach Paris übersiedeln. Schmählige Enthüllungen sind bevorstehend. Im Hotel de Ville wurden vom 4. September bis 29. Jänner 4300 Flaschen kostbaren Weines ausgetrunken. Durch geheimen Verkauf des Proviants soll ein Betrug von Millionen verübt worden sein.

Das Pariser „Journal Officiel“ enthält ein Decret, welches den Erlaß von Crémieux über die Abschbarkeit der Richter annullirt. Diese Maßregel hat Crémieux' Rücktritt herbeigeführt. Bevor er sich zurückzog, ließ er noch Berezowski, der wegen des Attentates auf den Kaiser von Rußland verurtheilt ist, in Freiheit setzen.

Die Zusammenstellung der bisher bekannten Wahlergebnisse ergibt ungefähr folgendes Resultat: 150 Republikaner, 53 Legitimisten, 400 Orleansisten und 20 Bonapartisten. Der „Sicte“ nennt das Wahlergebnis die „dictature de l'ignorance“ (Dictatur der Unwissenheit).

Der General Pradier in Macon ist durch telegraphische Ordre aus Bordeaux am Wahltag abgesetzt und verhaftet worden, weil er offen für die Prinzen von Orleans agitirte.

Die „Decentralisation“ verlangt, die Nationalversammlung möge Gambetta wegen seiner unheilbringenden dictatorischen Herrschaft in Anklagezustand versetzen. Dasselbe Blatt spricht von einer von der

Prinzessin Mathilde verfaßten, über ganz Frankreich zerstreuten Broschüre.

Der „Salut public“ meldet: Thiers und seine Collegen entwarfen bereits die Liste des zukünftigen Cabinetes. Dieselbe weist folgende Namen auf: Thiers — Präsident, ohne Portefeuille; Herzog von Decazes — Auswärtiges; Dufaure — Inneres; Barthélemy — Unterrichts.

In der bairischen Abgeordneten-Kammer beantwortete der Justizminister die Interpellation Wahrs dahin, daß die bestehende Verordnung, wonach zur Abhaltung von Jesuiten-Missionen die Erlaubniß der Regierung nothwendig ist, von der Staatsregierung auch künftig werde aufrechterhalten werden.

Minister Braun theilte mit, der Gesetzentwurf, die Aenderung der Kammergeschäftsordnung betreffend, sei fertig und werde dem nächsten Landtage vorgelegt werden. Das Finanzgesetz wurde mit Ausnahme zweier Positionen bei den Landneubauten nach den Ausschüßanträgen genehmigt.

Der Reichsrath.

Die bevorstehende Wiedereröffnung des Reichsrathes gibt dem „Prager Abendblatt“ Anlaß zu einer Reihe von Betrachtungen, namentlich über die Ansichten und Vermuthungen, mit denen im gegenwärtigen Augenblicke Organe aller Parteien die Frage über die Stellung des Reichsrathes gegenüber dem neuen Ministerium erörtern, und die doch so weit auseinandergehen.

„Ein Theil der Presse,“ schreibt das Prager Blatt, „und zwar zunächst derjenigen Presse, welche die sogenannte Reichsrathslinke vertritt, gefällt sich darin, seine Parteigenossen geradezu aufzufordern, der neuen Regierung die Mittel zur Fortführung der Geschäfte nicht zu bewilligen, d. h. das Budget zu verweigern. Wenn gleich nun kein Zweifel darüber bestehen kann, daß dieser extreme Vorschlag nur ein frommer Wunsch bleiben werde, da doch die betreffenden Reichsrathsabgeordneten, an welche diese Mahnung adressirt ist, sich nicht dem Verdachte werden aussetzen wollen, ihre Parteinteressen höher zu stellen, als die Staatsinteressen, so dürfte es dennoch nicht überflüssig erscheinen, die Motive und etwaigen Consequenzen eines solchen Beschlusses etwas näher zu beleuchten. Vor Allem wirft sich einem die Frage auf, was denn die Abgeordneten der Verfassungspartei — und auf diese scheint ja jener Wink mit dem Zaunpfehl gemünzt — eigentlich bestimmen sollte, gegen die Regierung mit einem so eclatanten Mißtrauensvotum, wie es in einer Verweigerung des Budgets liegt, vorzugehen. Hat sie etwa die Verfassung verletzt? Das kann sie doch nicht gethan haben, nachdem sie kaum eine Woche im Amte ist und ihr Programm ausdrücklich die Festhaltung des verfassungsmäßigen Rechtsbodens als obersten Grundsatz proclamirt. Also etwa, weil sie nicht aus dem Parlamente hervorgegangen ist? Das hieße doch das verfassungsmäßige Recht der Krone, sich ihre Rathgeber nach eigenem Belieben zu wählen, auf das schreiendste beeinträchtigen. Würden und werden doch auch in so manchen anderen constitutionell regierten Ländern die Minister nicht immer aus der Mitte der Volksrepräsentanten gewählt? Selbst der eventuelle Grund, daß die Vergangenheit der Minister kein Vertrauen einflöße, ist nicht stichhältig, nachdem doch dieselben Organe, welche heute die Budgetverweigerung predigen, in demselben Athem den Ministern den Vorwurf machen, daß sie ganz unbekannte Persönlichkeiten seien, von deren politischer Thätigkeit man bisher nichts wisse; wie könnte man also behaupten, ihre Antecedentien böten Anlaß zum Mißtrauen? Und daß dasjenige, was die Regierung während ihrer kurzen Amtsthätigkeit gethan — die Amnestie, die Einberufung des Reichsrathes und die Ausschreibung der Neuwahlen im böhmischen Großgrundbesitz — gegen den Wortlaut oder den Geist der Verfassung verstoße, wird man wohl eben so wenig behaupten können. Wo fände sich also ein plausibler Grund für eine so schwerwiegende parlamentarische Maßregel, wie es eine Ablehnung der Steuerbewilligung ist? — Steuern werden übrigens für den Staat und nicht für die Regierung bewilligt; verweigert man also die Mittel zur Deckung der Staatsbedürfnisse, so könnten nur die schwersten Verwicklungen daraus resultiren, abgesehen davon, daß man hiedurch den Gegnern der Verfassung nur neue Waffen gegen dieselbe in die Hand drücken würde.“

Das Rundschreiben des neuen Handelsministers an die Handels- und Gewerbekammern

lautet:

Euer Hochwohlgeboren beehre ich mich anzuzeigen, daß ich die mir durch die Allerhöchste Gnade Sr. k. und k. Apostolischen Majestät übertragenen Geschäfte des k. k. Handelsministeriums unter dem Heutigen angetreten habe.

Euer Wohlgeboren werde ich stets aufrichtigsten Dank wissen, wenn Sie die Wünsche und Beschwerden des Gewerbe- und des Handelsstandes mit rücksichtsloser Offenheit an das k. k. Ministerium bringen, wenn Sie auf alle eigenthümlichen Verhältnisse, welche nur in örtlicher Anschauung rechtzeitig und scharf beobachtet werden können, hieher aufmerksam machen und mich bei dem Bestreben unterstützen, den meiner Leitung anvertrauten öffentlichen Geschäftszweigen den höchsten erreichbaren Grad einer prompten und den Interessen der Bevölkerung mit volstem Eifer sich widmenden Verwaltung zu sichern. Hingegen werde ich mich bei meinen dienstlichen Vorkehrungen auf das bestimmteste von der Ueberzeugung leiten lassen, daß die Pflege der Industrie, des Handels und des Communicationswesens der Staatsverwaltung nur dann gelingen kann, wenn sie hiefür die Mitwirkung der Geschäftswelt und aller Kreise der theilhaftigen Bevölkerung eifrig sucht und umfassend findet. Ich rufe daher durch Euer Hochwohlgeboren diese Unterstützung an und verbinde damit die feste Zusage, daß ich selbst keine Mühe scheuen werde, um in allen Fragen von Belang möglichst durch Autopsie und persönlichen Verkehr die zu meinen verantwortungsvollen Entscheidungen erforderliche unmittelbare Einsicht zu gewinnen, dem Gang der Geschäfte einen schnellen Lauf zu geben, alle unberechtigten Sonderinteressen auszuschließen, stets dem Fortschritte zu dienen, aber auch alle unreifen Experimente zu vermeiden. Mögen mir Euer Hochwohlgeboren namentlich bei der bald bevorstehenden nachdrücklichen Inangriffnahme der Reformen im Gebiete des Eisenbahnwesens, wie solche einen wesentlichen Bestandteil des von Sr. k. und k. Apostolischen Majestät Allerhöchste genehmigten volkswirtschaftlichen Programmes der Regierung bilden, Ihren ganzen Beistand leihen! Ich darf alsdann der Unterstützung der Geschäftswelt versichern, um so getroster mich der Hoffnung hingeben, daß es mir gelingen könne, den der Hebung der Volkswirtschaft aufs wärmste zugewendeten Intentionen Sr. k. und k. Apostolischen Majestät unseres erhabenen Herrn gerecht zu werden und auf dem Gebiete der unzersehbaren materiellen Interessen aller Volksstämme die Wohlfahrt der verschiedenen Königreiche und Länder der diesseitigen Reichshälfte gleichmäßig fördern zu helfen.

Wien, den 9. Februar 1871. Schaeffle.

Aus dem englischen Blauche,

welches Depeschen von Anfang August 1870 bis zum Abschluß des Waffenstillstandes enthält, und soeben an das Parlament vertheilt wurde, bringt die „N. Fr. Pr.“ folgenden Auszug:

Eine Depesche des Gesandten Lord Lyons in Paris vom 12. August spricht von den Hoffnungen, welche die Franzosen sich auf den Sieg machten, und meint, die Enttäuschung nach der Niederlage mache es noch keineswegs gewiß, daß der Todesstreich der Dynastie sofort versetzt werden wird.

Vier Tage später sagte Latour d'Auvergne (napoleonischer Minister des Außern) zu Lyons: Es wird kaum möglich sein, die Dynastie aufrechtzuerhalten und die Integrität des Landes zu behaupten. (Es war acht Tage nach der Schlacht bei Wörth.)

Granville schrieb am 17. August an Lyons: Die englische Regierung will nicht zudringlich sein, aber wenn Fürst Latour d'Auvergne eine Vermittlung zur Herstellung des Friedens verlangt, ist sie zu guten Diensten bereit.

Latour d'Auvergne antwortete: Die Annahme der Vermittlung wäre für uns gegenwärtig unehrenhaft; es ist nicht wahr, daß Frankreich Oesterreich und Italiens Beistand gesucht hat.

Graf Beust sagte am 11. August: Im Falle des Sieges wird Preußen erst unter den Mauern von Paris an Friedensverhandlungen denken.

Fürst Gortschakoff spricht die Ansicht aus, ein Vermittlungsversuch wäre eher schädlich als nützlich.

Granville schreibt an Lyons unterm 5. September (nach Sedan und dem Sturze des Kaiserreiches):

Jede bloß thatsächliche Regierung könne er formell vorläufig noch nicht anerkennen, auch sei die Abreise der Kaiserin von Paris noch nicht erwiesen.

Die erste diplomatische Regierungshandlung von Jules Favre war eine Mittheilung an Lord Lyons, mit der Weigerung, den von den Neutralen vorgeschlagenen Waffenstillstand anzunehmen, wenn die Basis desselben nicht die Integrität des französischen Bodens ist.

Am 13. September schreibt Granville an Lyons: Thiers ist angekommen; er will nur von einem ehrenvollen Frieden wissen, appellirt an England, daß es nicht gerade mit den Waffen, aber mit seinem gewichtigen moralischen Einflusse vermittele. Wenn England den Anfang macht, werden die anderen Neutralen sicher folgen. Allen Mächten zusammen werde Preußen nicht widerstehen können, ebenso wenig dem moralischen Gewichte einer solchen Aeußerung der öffentlichen Meinung zu Gunsten der Humanität und des europäischen Gleichgewichtes. Ich (Granville) antwortete: England hat sein Möglichstes gethan. Die Hohenzollern'sche Candidatur war beseitigt und Frankreich doch unbefriedigt. Es begann demnach der Krieg. Als Thiers fragte, ob Favre in das Hauptquartier reisen solle, habe ich dies gebilligt; auf sein Verlangen aber, sofort die Republik anzuerkennen, antwortete ich: Dies ist unmöglich, da der Regierung der Nationalverteidigung gegenwärtig die legale Sanction fehlt. Jetzt kann sich das Cabinet nur auf freundschaftliche Beziehungen zu Frankreich beschränken. Später, bis die Volksvertretung sich geäußert hat, werde ich der Königin zur Anerkennung rathen. Thiers war damit zufrieden. (Bald darauf erfolgte die Reise nach Ferridres.)

Favre suchte auch einmal in aller Form um Englands Intervention an. Granville antwortete am 3. Jänner mit einem freundlichen aber abschlägigen Bescheide: die Vermittlung sei jetzt nicht zeitgemäß.

Eine Depesche Granville's vom 11. October an Lyons gibt die Meinung der englischen Regierung wieder über Favre's Beharren bei dem Programm: „Keinen Zollbreit abzutreten“. Das sei ein großes Friedenshinderniß.

Nordamerika drückte kurz vorher dieselbe Meinung aus. Es war dies seine Antwort auf einen Vermittlungsversuch.

Am 16. October schreibt Granville dem Gesandten in Petersburg, er habe Ursache zu glauben, daß die Franzosen in die Schleifung der Festungswerke von Straßburg und Metz willigen würden; er (der Gesandte) solle confidentiallich Gortschakoff fragen, ob mit dem Einverständnis Rußlands England Friedensbedingungen in diesem Sinne stellen könne.

Fürst Gortschakoff antwortete hierauf, er bezweifle bei der Halsstarrigkeit der Franzosen den Erfolg. Diese hätten soeben Burnside's billige Bedingungen verworfen.

Die „Times“ schreibt in einem Leitartikel: Das gestern vertheilte *Blaubuch* beweist, daß das Cabinet seinen ursprünglichen Entschluß, sich streng der Vermittlung zu enthalten, aufgegeben hat. Es ist nicht bekannt, ob Deutschland bereits der englischen Regierung die Friedensbedingungen mittheilte, aber Gladstone's Bemerkungen in der Adressdebatte und die gestrige Antwort auf Auberon Herbert's Anfrage beweisen, daß die Friedensbedingungen die neutralen Mächte beschäftigen. Das *Blaubuch* zeigt, daß mit den Fortschritten des Krieges Rußland immer ungeneigter zu einer Einmischung wurde. Bei Beginn schrieb Kaiser Alexander, er hoffe, der Krieg werde ohne Annektionen verlaufen; später nach Gambetta's Fahrt im Ballon, wies er die Theilnahme an einem

Collectiv-Versuch der Neutralen zur Friedensstiftung zurück. Ungewiß bleibt es, ob die Aufrichtung der Republik oder die Pontus-Frage diesen Wechsel herbeiführte. Die officielle Correspondenz über die Pontus-Frage zeigt, daß Frankreich niemals die Entsendung eines Vertreters zur Conferenz beabsichtigte.

Kriegschronik.

Vor Paris.

Versailles, 9. Februar. Unsere Feinde können sich, seit Abschluß der Convention, wahrlich nicht über Mangel an Zuverlässigkeit von unserer Seite beklagen. Wenn während des Waffenstillstandes ein Führer der activen Truppe mit Erlaubniß der deutschen Herrscher in die Hauptstadt eingelassen wird, so liegt darin ein Beweis von Sicherheitsgefühl, der schließlich doch auch den Franzosen imponiren muß. General Chanzy passirte vorgestern Abend das Centrum der deutschen Hauptquartiere, Versailles, und wurde von hier nach Paris escortirt. Da er die Vorposten der südlichen Occupationlinie vor Paris durchschreiten mußte, war Se. kais. und königl. Hoheit der Kronprinz von seiner Ankunft benachrichtigt worden. Mehrere Officiere — der Commandant von Versailles, General v. Voigts-Rbeck, der Commandant des kronprinzlichen Hauptquartiers Major v. Winterfeld, Hauptmann Venke vom Generalstab, und Rittmeister v. d. Landen, Ordonanzofficier desselben Hauptquartiers, Lieutenant v. Tresckow, Platzmajor von Versailles, erwarteten den französischen Befehlshaber, der mit einem Militärzug auf der Station der Westbahn über Le Mans hier eintraf. Chanzy hatte gehofft mit der Bahn nach Paris weiterfahren zu können. Wegen verschiedener Güterzüge waren aber die Schienen nicht frei. Der französische General, der sich in Begleitung eines seiner Generalstabsofficiere befand, mußte aussteigen. Man hatte Gelegenheit seine Gestalt zu mustern: ein hochaufgewachsener Mann von etwa 50 Jahren, mehr knochig als corpulent, die Stirne frei, der Haarwuchs spärlich, das Auge lebhaft, der Knebelbart, der vom Begriff des französischen Generals kaum zu trennen, vollständig. Chanzy hätte in dem Local des preußischen Stappencommando's Stunden lang warten müssen, wenn die preußische Militärbehörde nicht auf seine Weiterbeförderung zu Wagen bedacht gewesen wäre. Die Sache war nicht so leicht als man sich vorstellen dürfte. In der Eile hatten nur zwei Wagen requirirt werden können, von denen der eine schon die Strecke zwischen Vagny und Versailles zurückgelegt, der andere einen deutschen Armeelieferanten kreuz und quer herumgeführt hatte. Es bedurfte einiger Ueberredungen bei den energisch protestirenden Kutschern, um sie zur Fahrt nach Paris diesen Abend noch zu bewegen. Platzmajor v. Tresckow erbot sich, den General durch die Vorposten zu begleiten. Auf diese Weise kam der erste preußische Officier, trotz Uniform, nicht bloß nach Paris hinein, sondern sogar in die inneren Räume des französischen Kriegsministeriums (Place du Palais Bourbon), wo Chanzy abstieg.

Es vergeht fast kein Tag, wo nicht Jules Favre oder Mitglieder der „Executivcommission“ nach Versailles kommen. Zu den Deputirten der letzteren, die mit Ausführung der Conventionsbestimmungen, Abgabe der Waffen, Regelung des Eisenbahn- und Personenverkehrs betraut ist, gehören in der Regel der Generalstabschef v. Baldau und der Polizeipräsident Herr Cresson. Man kann nicht sagen, daß Herr Favre von seinen Republikanern übermäßig höflich behandelt wurde. Die Mairie von Versailles hat den Wagen zu stellen, welcher den Minister am Eisenbahnhof von Chartres am Thor von

Buc, unter der Villa les Ombrages) oder an dem der „Rive droite“ (Rue Duplessis) erwarten soll. Man schießt ihm bei Sturm und Regen einen offenen Einspanner, irgend einen elenden Fiakerwagen. Aber die Commandantur oder der Stappencommandant auf dem Bahnhof nehmen Favre's Partei. Der Kutscher wird zu rechtgewiesen und muß mit einem geschlossenen Coupé wiederkommen. Jules Favre trifft ein, dankt dem Stappencofficier höchst verbindlich für seine Begrüßung, wirft einen Blick auf die herkulischen Figuren der preußischen Landwehrmänner — wahrhafte Mustereemplare stämmiger Deutschen, — die am Ausgang sich in Reih und Glied geordnet haben, um den Minister zu sehen. Ein Landwehrmann schwingt sich auf den Bock und begleitet den Wagen als Ordonanz. Dreihundert Schritte vom Bahnhof der Straße Duplessis, an deren Ende Prinz Karl wohnt, läuft der Boulevard de la Reine; hier wird links eingebogen, und eine der nächsten Straßen rechter Hand ist die „Rue de Provence“, wo seit dem 5. October die Fahne des Bundeskanzleramtes weht.

Da die Berührungen mit Paris sich gemehrt haben, und man in der Lage gewesen ist, auch einige vernünftige Leute von dort zu sprechen, hat sich der innere Zusammenhang von Favre's erster Mission so ziemlich aufgeklärt. Die Befinnung kam über Paris, als man die Caravane der Leichen sah, welche vom Kampfplatz des 19. Jänner in die Stadt geführt wurde. Als dann in unabsehbaren Zügen die Ambulanzwagen mit den Verwundeten folgten, — es war noch Samstag Abends und Sonntag — fragten die einen: „Wozu noch mehr des Blutes?“ und die andern verwünschten das Gouvernement. Gleichzeitig erfuhr man Näheres über die Stimmung der Truppen. Es ist erwiesen, daß auf Trochu, als er am 19. Jänner einige Schlachtaufstellungen beritt, aus den Reihen der Soldaten geschossen wurde. Sein Adjutant ist an seiner Seite von einer französischen Kugel verwundet worden. Bei Jules Favre war an diesem Tage der Umschwung der Seele schon erfolgt. Er hat selbst gestanden, daß nach Empfang des bekannten Briefes vom Grafen Bismarck aus Versailles, ddo. 15. Jänner, ein unheimliches Gefühl der Verantwortlichkeit über ihn gekommen sei. Er habe dem Bundeskanzler Recht geben müssen, und habe sich gesagt, die Pflicht, von Paris das äußerste Schicksal abzuwenden, ruhe auf ihm.

Montbéliard, 8. Februar. (Alg. Z.) Alle französischen Schaaren haben jetzt die Departements der Côte d'Or und des Jura vollständig geräumt und sind in das Departement der Saone et Loire zurückgegangen. Von der Bourbaki'schen Armee, die am 15. Jänner 120.000 Mann betragen haben soll, sind etwa 15.000 getödtet, eben so viele gefangen genommen, an 70.000 über die schweizer Grenze gegangen; den übrigen gelang es, sich in größeren und kleineren Abtheilungen über die Demarcationslinie des Waffenstillstandes in Sicherheit zu bringen. Garibaldi soll mit beiläufig 20.000 Mann von Dijon aus abgezogen sein und jetzt in Autun sein Hauptquartier haben. So dürften — sollte es wider alles Hoffen und Erwarten nochmals zum blutigen Kampfe mit den Waffen kommen — kaum 40.000 Mann uns in dem Departement der Saone et Loire entgegen treten können, wenn unsere Truppen die Demarcationslinie überschreiten. Und unter dieser Zahl befinden sich sehr viele kranke, erschöpfte, halb erfrorene und ziemlich demoralisirte Menschen. Kann Frankreich unter solchen Umständen, ohne den größten Wahnsinn, wohl noch an eine Fortführung des Krieges denken?

Seuilleten.

Das Pfarrhaus von Nøddebo.

Scenen aus dem Landleben in Dänemark.

(Fortsetzung.)

Ich glaube in der That, daß es besser ist, wenn wir uns trennen, sagte Andrea Margarethe mit einem leichten Seufzer. Hier sind Ihre Kerzen. Sie wissen, wo die Gastzimmer sind, Nikolaus! Ihre Brüder werden Ihnen das Ihrige zeigen.

Aber, um die Wahrheit zu sagen, hatte keiner von uns, nicht einmal der Alte, die geringste Lust, sich zurückzuziehen. Corpus Juris war an das offene Fenster getreten, um sich abzukühlen, wir folgten ihm dorthin und betrachteten schweigend die schöne Winterlandschaft, die sich vor uns ausdehnte. Der Schnee, von einem bläulichen Weiß, bedeckte die Wiesen und Felder; das Schweigen und der Friede draußen bildeten einen schlagenden Gegensatz mit dem Geräusch, das einige Augenblicke vorher im Salon geherrscht hatte. Ueber unsern Häuptern gossen der Vollmond und die glänzenden Sterne ihre sanfte Klarheit über die Erde, wie um unsere Herzen mit ihrer heitern Ruhe zu durchdringen; ein leichter Nebel stieg an den Bäumen und Gebüschen, die nicht der leiseste Windhauch bewegte, empor, und doch schienen diese stumme Natur für uns eine berebete Stimme zu haben. Eine Zeitlang verhielten wir uns vollständig ruhig. Keinem

von uns fiel es ein, zu sprechen. Endlich brach Corpus Juris plötzlich das Schweigen, indem er die Strophe eines Gedichtes recitirte, die mit folgenden Worten schließt: „Beschütze uns, schweigende Nacht, während Alles ruht.“

Und der Alte fügte hinzu: „Wenn ein Traum uns erfreut, so laß uns schlafen!“

Darauf entfernten sie sich vom Fenster, wünschten uns hastig eine gute Nacht und stürzten aus dem Zimmer.

Aufs höchste erstaunt, folgte ich ihnen mit den Augen. Was hatte diese plötzliche Flucht zu bedeuten? Ich betrachtete darauf Andrea Margarethe und Emmy, die, ohne ein Wort zu sagen, am Fenster geblieben waren; zu meinem größten Erstaunen sah ich, ungeachtet des blassen Mondscheins, der auf alle umgebenden Gegenstände einen weißlichen Schimmer warf, daß ihre Wangen mit der lebhaftesten Röthe bedeckt waren.

Ich fühlte, daß ich mich nun auch als ritterlichen Troubadour zeigen sollte, wie meine Brüder, und ich suchte in meinem Gedächtniß nach irgend etwas Passendem, das ich ihnen hätte sagen können. Ich kannte eine Masse von Liedern und Gedichten auswendig, aber in diesem Augenblicke waren sie alle meinem Gedächtnisse entschwunden, und trotz der unermesslichen Anstrengungen, die ich machte, war es mir unmöglich, mich an ein einziges zu erinnern. Vergeblich hustete ich zwei- oder dreimal, um mir die Stimme klar zu machen. Es fiel mir nichts ein. Da wünschte ich beiden Schwestern eine gute Nacht und verließ das Zimmer, meine Blödigkeit und meinen Mangel an Gedächtniß verwünschend.

Als ich die Treppe hinauf ging, hörte ich meine beiden Brüder leise mit einander sprechen, aber ich war in diesem Moment nicht aufgelegt, mich ihrem Abendgespräch beizugesellen, wie ich es gewöhnlich in Kopenhagen zu thun pflegte. Uebrigens verstummten beide, als sie mich an der Thüre hörten. Unsere drei Zimmer standen mit einander in Verbindung und waren ganz offen, aber keiner von uns war an diesem Abende in gefelliger Stimmung, und nachdem wir uns hastig gute Nacht gewünscht, zogen wir uns in unsere respectiven Quartiere zurück.

(Fortsetzung folgt.)

Literarisches.

Die Geographie durch gute und billige Lehrmittel zum Gemeingute des Volkes zu machen und hierbei weder Mühe noch Kosten zu scheuen, ist ein Verdienst, welches sich die Verlags-handlung von J. Fleiß und Riehschel in Gera mit Recht beilegen darf. Schon ihr „Volksatlas“, dessen 11. Auflage unlängst erschien, hat dieses Verdienst begründet. In gleicher Weise können wir aber auch den uns soeben zugekommenen „Special-Atlas von Oesterreich-Ungarn“ in 12 Karten der österreichischen Kronländer, in Farbendruck, als ein für den Schulunterricht und minder Bemittelte vollkommen genügendes Hilfsmittel bestens empfehlen. Die Karten sind mit großer Deutlichkeit und plastischer Anschaulichkeit des Terrains und der Gewässer ausgeführt; der Preis (70 fr. für den ganzen Atlas) ist ein solcher, der die Anschaffung selbst für die ärmste Volksschule ermöglicht.

Tagesneuigkeiten.

(Rudolfinum.) Am 13. d. 1 Uhr Mittags beglückten Se. k. und k. Hoheit der durchlauchtigste Kronprinz Erzherzog Rudolf, Protector des Rudolfinums, in Begleitung seines Obersthofmeisters, Generalmajors v. Latour, dieses humane, von Herrn R. v. Pollak erbaute, die Interessen der Wissenschaft und Industrie in ausgezeichnete Weise fördernde Institut mit Allerhöchstem Besuche, bei welchem Anlasse Herr Prof. Dr. v. Hochstetter einen Vortrag über die Natur und die Bewohner von Neu-Seeland hielt. Der durchlauchtigste Gast, welcher hiezu mehrere seiner Jugendfreunde geladen hatte, wurde bei seinem Erscheinen von Sr. Durchlaucht dem Fürsten Johann Adolf Schwarzenberg und dem Stifter des Rudolfinums R. v. Pollak, sowie von den geladenen Zuhörern ehrfurchtsvoll begrüßt und folgte dem durch naturgeschichtliche und anthropologische Demonstrationen besonders anregenden Vortrage mit dem größten Interesse, welches durch die vielen, an den Vortragenden gestellten Fragen zur Freude der Anwesenden recht ersichtlich ward. Professor v. Hochstetter entrollte ein getreues, farbenreiches Bild der Culturverhältnisse auf Neu-Seeland und illustrierte dasselbe durch die reiche Ausbeute, welche er während der Weltumsegelung mit der Fregatte „Novara“ gesammelt hatte. Nach Beendigung des Vortrages und Besichtigung der interessanten naturhistorischen Sammlung, der Kartenpläne, Skizzen und photographischen Aufnahmen sangen die Zöglinge des Rudolfinums eine Festhymne. Der durchlauchtigste Kronprinz besuchte dann mit seinen Studiengenossen das Naturalien cabinet der Anstalt, sprach den Dank für den lehrreichen Vortrag wiederholt aus und verließ um halb 3 Uhr das Institut.

(Ueberschwemmung in Wien.) Wien, 15. Februar. Der seit gestern Abends eingetretene Temperaturwechsel, eine Abnahme der Kälte um 6 Grad, ist noch zu unbedeutend, um einen Einfluß auf die Eisstandsverhältnisse auszuüben. Sollte ein Thauwetter eintreten, so dürfte dieses nur auf die oberen Gegenden der Donau eine Einwirkung haben; die Donauarme nächst Wien sind mit Grundeis gefüllt und eine Veränderung des Eisstandes durch Aufthauen so schnell nicht zu erwarten. Der Eisstoß hat sich über Tulln bis Kronau hinaus aufgebaut und hat daher von Wien eine Länge von sechs Meilen. Durch den Durchbruch einer, einen förmlichen Damm bildenden Gasse in der Brigittenau gelang es, eine ungeheure Wassermasse zum Abfluß zu bringen, so daß in der Brigittenau das Wasser um 18 Zoll gefallen ist.

(Gasstörung in Prag.) Auf der Franz-Josefs-Kettenbrücke in Prag war neulich eine Gasröhre gesprengt, das Gas in Brand gerathen und drohte das Feuer die Brücke zu ergreifen, weshalb die Absperrung des Hauptrohres der Gasleitung nöthig wurde. Dadurch trat in vielen Straßen der Stadt, im czechischen Theater und Circus plötzliche Finsterniß ein; die Verkaufsläden mußten gesperrt und mehrere Bälle unterbrochen werden. Im deutschen Theater konnte gespielt werden, weil dieses kein Gas von einer anderen Gesellschaft bezieht.

Locales.

Protokoll

der Sitzung des k. k. Landes-sanitätsrathes für Krain am 20. Jänner d. J.

Gegenwärtig: Der Vorsitzende: Professor Dr. Valenta; die k. k. Sanitätsräthe P. T. Doctoren: Regierungsrath v. Andrioli, Bleiweis, Razpet, Schiffer und v. Stöckl. Schriftführer: k. k. Regierungs-Concipist Eduard Baron Guffich.

Der Vorsitzende theilt folgende Einläufe mit, und zwar:

a) Den Erlaß des hohen k. k. Ministeriums des Innern vom 14. December 1870, Z. 18.086 (intimirt mit Erlaß des hohen k. k. Landespräsidiums vom 19ten December 1870, Z. 1490 Pr.), als Antwort auf die Anfrage des Landes-sanitätsrathes bezüglich der Entschädigung der außerhalb domicilirenden Sanitätsräthe für die bereits geschehene und weitere Mitwirkung an den Arbeiten des Landes-sanitätsrathes, der dahin lautet, daß denselben die ihrer sonstigen öffentlichen Stellung entsprechenden Diätengebühren, und zwar den vom Staate ernannten Sanitätsräthen aus dem für den Landes-sanitätsrath bewilligten Staats-Pauschale, den vom Landes-sanitätsrath berufenen Sanitätsräthen jedoch aus dem Landesfonde erfolgt werden. — Wird zur Kenntniß genommen.

b) Der Erlaß des hohen k. k. Ministeriums des Innern vom 18. December 1870, Z. 18.197 (intimirt mit Erlaß des k. k. Landespräsidiums vom 24. December 1870, Z. 1505 Pr.), daß, dem Wortlaute des Gesetzes vom 30. April 1870 entsprechend, den neuernannten Bezirksärzten weder die definitiv noch provisorisch zugebrachten Dienstjahre zum Behufe der Zuerkennung der Quinquennalzulage angerechnet werden können.

Nach dieser Mittheilung ersucht Sanitätsrath Dr. Gauster ums Wort, um vor Allem sein Staunen darüber zu äußern, daß man den Ärzten nicht dasselbe Recht zu Theil werden lasse, wie den Professoren der Hoch- und Mittelschulen; die ursprüngliche Regierungsvorlage wäre bedeutend günstiger, die Reichsvertretung habe diese unbillige Interpretation des Gesetzes sicherlich nicht gewollt, es sei dies ein Versehen im Gesetze, somit wäre einfach das Gesetz dem entsprechend zu ändern

und zwar sollte der Landes-sanitätsrath dahin wirken, daß das hohe Ministerium aus eigener Initiative eine diesbezügliche, die Ergänzung des Gesetzes vom 30. April 1870 in dieser Richtung bezweckende Vorlage an den hohen Reichsrath mache, und der Herr k. k. Landespräsident möge ersucht werden, diesen Antrag des Landes-sanitätsrathes dem hohen Ministerium vorzulegen.

Regierungsrath v. Andrioli meint, der Landes-sanitätsrath sollte eine derartige directe Zuschrift an den hohen Reichsrath machen; was jedoch vom Vorsitzenden als ein dem Landes-sanitätsrath nicht zustehendes Recht erklärt wird.

Sanitätsrath v. Stöckl erklärt sich mit Dr. Gauster einverstanden und beantragt, Dr. Gauster möge den diesbezüglichen motivirten Antrag abfassen und nach dessen Circulirung unter den Mitgliedern soll derselbe durch den Vorsitzenden dem Herrn k. k. Landespräsidenten überreicht werden.

Was einstimmig angenommen wird.

Sanitätsrath Dr. Gauster liest seinen motivirten Antrag auf Vorberathung der Grundsätze der bevorstehenden Organisation der Gemeindefsanitäts-Verwaltung vor:

Der § 5 des Gesetzes vom 30. April 1870 über die Organisation des öffentlichen Sanitätsdienstes überläßt die Regelung des Sanitätsdienstes der Gemeinden der Landesgesetzgebung.

Nach dem Gemeindegesetze vom 17. Februar 1866 gehört in den selbständigen Wirkungskreis der Gemeinden (§ 28) a. die Lebensmittelpolizei und die Ueberwachung des Marktverkehrs, b. die Gesundheitspolizei, c. das Armenwesen und die Sorge für die Gemeinwohlthätigkeitsanstalten, d. die Baupolizei, welche Aengstlichkeit theils ganz, theils vielfach mit der sanitären Wohlfahrt der Einwohner und der Sanitätsverwaltung zusammenhängen.

Das Gesetz vom 30. April v. J. detaillirt im § 3 diesen Wirkungskreis in 6 Punkten, auf die ich verweise; präcisirt aber auch weiter im § 4 den in sanitärer Richtung übertragenen Wirkungskreis der Gemeinden in 7 Detailpunkten.

Bei Durchsicht dieser gesetzlichen Normen ergibt sich, daß der sanitäre Wirkungskreis der Gemeinden ein umfassender, und für die eigentliche öffentliche Gesundheitspflege, so wie für die öffentliche Krankenpflege eminent wichtiger, ja für erstere ein maßgebender ist.

Niemandem, dem einige Erfahrung zu Gebote steht, ist es ferner zweifelhaft, daß bis nun keine Gemeinde diesem Wirkungskreise halbwegs entsprochen hat, und daß, wenn wir ein leistungsfähiges und wirklich etwas leistendes Gesundheitswesen im Lande begründen wollen, wir vor allem auf eine solche Organisation der sanitären Verwaltung in den Gemeinden denken müssen, welche die Durchführung der allernothwendigsten Maßnahmen und die Handhabung der bestehenden und zu erlassenden Sanitätsgesetze, und zwar in möglichst entsprechender Weise sichert, sowie das Interesse für öffentliche Gesundheitspflege bei Laien und Ärzten fördert, das Verständniß für dieselbe bei ersteren weckt.

Ebenso wird man nicht anstehen, mit allem Nachdrucke betonen zu müssen, daß diese Organisation thunlichst rasch in Angriff genommen werde, wobei der Gegenstand auch eingehender und reiflicher Berathung unterzogen werden muß, damit etwas Praktisches und Dauerndes geschaffen werde.

Es ist daher mit den Vorarbeiten nicht zu zögern, denn da der h. Landtag in der Regel nur einmal im Jahre im Lande zusammentritt, würde, wenn die nächste Session abermals ohne Vorlage des betreffenden Gesetzesentwurfes vorübergehen würde, die Organisation wieder auf länger denn ein Jahr hinausgeschoben werden, was bei dem Mangel nahezu aller Gemeinde-Sanitätsverwaltung in den meisten Gemeinden bei jeder eintretenden sanitären Krise von den traurigsten Folgen sein müßte, daß wir aber solchen entgegengehen, ist in Erwägung der furchtbaren Kriegsverheerung, die den Westen Europa's zum Theile zerfleischt, bei Kenntniß der Folgen, welche nach so furchtbaren Kriegen beinahe jedesmal nicht bloß die Kriegführenden, sondern häufig auch die Nachbarländer treffen, und bei Rücksichtnahme auf die in Rußland constatirtemaßen seit längerer Zeit herrschende Cholera kaum zweifelhaft.

Ich habe diesen Gegenstand im Interpellationswege schon angeregt, und damals wurde jene Zeit, in der die neuen Großgemeinden gebildet sein werden, als der Moment der Vorlage eines Organisations-Gesetzes-Entwurfes bezeichnet.

Nun sind nach verlässlichen Mittheilungen die Operationen über die Bildung dieser Großgemeinden an die h. Landesregierung vom h. Landesausschusse zurückgelangt. Da nach dem bezüglichen Gesetze diesmal d. i. bei der gegenwärtigen Zusammenlegung, dort, wo Landesbehörde und Landesausschuß einig sind, die Zusammenlegung ohne weitere Verhandlung des Gegenstandes einzutreten hat, so dürften wir vor der Neubildung der Gemeinden un-mittelbar stehen.

Es ist daher hoch an der Zeit, daß sich der Landes-sanitätsrath die Grundsätze klar macht, die bei der Organisation zu befolgen sind, und für die eine freilich wenig ausgeführte Skizze in den Beschlüssen der Enquete vorliegt. Deren Anwendbarkeit und die Art ihrer An-

wendung auf unser Land muß discutirt werden, damit wir dem Herrn Landpräsidenten Vorschläge erstatten können, von welchem Standpunkte die Organisation am zweckmäßigsten wäre, sei es für einen spätern Detailentwurf der h. Landesregierung, sei es zur Kenntnißnahme des h. Ministeriums, wenn dieses den Entwurf selbst in die Hand nehmen oder wenigstens die leitenden Grundsätze angeben will, sei es als Grundlage eines über höheren Auftrag vom Landes-Sanitätsrathe auszuarbeitenden Entwurfes.

Hierzu ist namentlich bei unseren Verhältnissen die Detailkenntniß der neuen Gemeinden, welche erst die weitere Detaildurchführung der Grundsätze etwas modifiziren könnte, nicht nothig, da wir ja wissen, daß die Gemeinden zwischen 3—4000 Einwohnern zählen werden und demnach mit Ausnahme der allerwenigsten nicht für sich im Stande sein werden, die entsprechenden Sanitätsorgane (Totden-, Fleischbeschauer und Hebammen ausgenommen) aufzustellen.

Bei Berathung dieser Grundsätze wird auch auf die Landeshauptstadt besondere Rücksicht zu nehmen sein, denn hier sind sowohl die sanitären Interessen verwickelter, die sanitären Schäden complicirter, als auch die Mittel zur Pflege der ersteren und Abwehr der letzteren bedeutend größere, als in den andern Gemeinden.

Obwohl zwar die Ministerialenquete eine viel höhere Einwohnerzahl, als Laibach besitzt, als Bedingung eigener Sanitätsstatute hinstellt, so wäre doch die Frage hier zu erwägen, ob unter den thatsächlich vorhandenen Verhältnissen nicht auch für Laibach ein eigenes Sanitätsstatut wünschenswerth sei, und wenn, auf welcher Grundlage es zu empfehlen wäre. Es stände natürlich dann bei der Gemeindevertretung, diese Anregung weiter zu discutiren. Daß die Regelung der städtischen Sanitätsverwaltung aber gleichfalls ein dringendes Bedürfniß, werden die Sanitätsbeamten der Stadt selbst entschieden bejahen, und wird jeder mit den heutigen Forderungen der Hygiene Vertraute kräftigst betonen.

Dr. Gauster stellt daher folgende Anträge:

1. Der Landes-sanitätsrath wolle die Erwägung jener Grundsätze sogleich in Angriff nehmen, die bei der Organisation des Sanitätsdienstes der Gemeinden überhaupt und der Landeshauptstadt insbesondere in dem dringlich nothwendigen Landesgesetze darüber zu beobachten wären;

2. zur Vorberathung und Vorlage eines Entwurfes derselben ein Comité aus 3 Mitgliedern zusammenstellen, das möglichst bald das Resultat seiner Berathungen vorzulegen hätte;

3. den Herrn k. k. Landes-Präsidenten ersuchen, zur Plenarberathung einen der Bezirksmundärzte, der mit den bezüglichen Verhältnissen eingehend vertraut ist, als außerordentliches Mitglied beiziehung zu wollen.

Antrag 1 wird einstimmig angenommen. Zu Antrag 2 spricht sich Sanitätsrath v. Stöckl gegen ein Comité aus und beantragt, diese Arbeit einem Referenten zu übergeben. Regierungsrath v. Andrioli stimmt Dr. v. Stöckl bei. Nachdem jedoch die Sanitätsräthe Bleiweis und Gauster eine Comité-Wahl vertheidigten, ersterer, weil mehrere Augen besser sehen und letzterer, weil die Schwierigkeit der Berathung eines solchen Gegenstandes in einer Plenar-Versammlung ohne vorherige Einigung in einem Comité sich steigere, abgesehen davon, daß durch die längere Dauer der alsdannigen Plenarberathung auch die Kosten (Diäten) höher kommen würden, — wird der Antrag Dr. v. Stöckl's mit 4 gegen 2 Stimmen verworfen und der Antrag Dr. Gauster's mit 4 gegen 2 Stimmen angenommen; in das Comité hierauf aber die Herren Dr. Gauster mit 5 Stimmen, Dr. Razpet und Dr. v. Stöckl mit je 4 Stimmen gewählt.

Der Antrag 3 erregte eine lebhafte Debatte, an der sich alle Mitglieder beteiligten. Während Sanitätsrath v. Stöckl meinte, daß die Experten überflüssig wären, sprach sich Sanitätsrath Bleiweis unbedingt für die Zweckmäßigkeit der Beiziehung von Experten aus, und zwar nicht nur eines, sondern Mehrerer, den verschiedenen geographischen Verhältnissen des Landes entsprechend; er beantrage daher die Beiziehung eines Phhysikers, eines Bezirksmundarztes und, weil ja die Stadt Laibach in dem Statute speciell berücksichtigt werden müsse, auch eines Vertreters der Stadtgemeinde Laibach.

Dr. Gauster erklärt sich mit Dr. Bleiweis einverstanden und betont vor Allem die Billigkeit der Beiziehung der Bezirksmundärzte als Experten, da ja sicherlich nach dem jetzigen Stande der Dinge neun Zehntel der künftigen Gemeindevärzte Mundärzte sein werden.

Nachdem noch der Vorsitzende die Opportunitätsgründe für die Beiziehung der Mundärzte hervorhob, wurde zur Abstimmung geschritten und der Antrag des Dr. Bleiweis per majora angenommen, desgleichen aber auch ein weiterer Antrag, nämlich sofort nominell die gewünschten Experten zu bestimmen und zu diesem Zwecke die Sitzung auf einige Minuten zu unterbrechen, acceptirt.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung beschloß der Landes-sanitätsrath einstimmig, den Herrn Landespräsidenten zu ersuchen, als außerordentliche Mitglieder den Bezirksarzt Dr. Kapler in Gurkfeld, den Gemeinderath Dr. Keesbacher in Laibach und den Bezirksmundarzt Wolf in Radmannsdorf zu genehmigen.

Neueste Post.

(Original-Telegramme der „Laibacher Zeitung.“)

Wien, 16. Februar. Inspirirte Stimmen heben hervor, daß das neue Cabinet, der auswärtigen Politik Oesterreichs vollkommen verpflichtet, die guten Beziehungen mit dem Reichskanzler aufrecht zu erhalten gewillt sei.

Berlin, 16. Februar. Meldung aus Versailles: Mit Rücksicht auf die eifrigen Mühen der Franzosen im Süden und die Einberufung der Altersklasse von 1872 wurde die Waffenstillstands-Verlängerung nur auf fünf Tage bewilligt.

London, 16. Februar. Aus Versailles wird gemeldet: Belfort hat capitulirt. Die Garnison zieht ab mit Gepäck und Waffen.

Berlin, 15. Februar. Man hält es hier für unwahrscheinlich, daß auf eine längere Ausdehnung des Waffenstillstandes eingegangen werden wird, als eben behufs Zuführung der Friedensverhandlungen notwendig ist.

Berlin, 15. Februar. (Pr) Die Capitulation Belforts wird auf Grundlage der Bedingungen der Pariser Unterhandlung mit Ausnahme der Contribution stattdessen. Die Citadelle des Orts, Riotte, Justice, Barres und die Stadt-Encelle werden besetzt.

Die Londoner Nachricht, Bismarck habe das Ansuchen Gladstones um Mittheilung der Friedensbedingungen rundweg abgelehnt, wurde unwahr.

Favre ist in Versailles wieder angekommen. Der Waffenstillstand ist um eine Woche verlängert. Die Annahme der Friedensbedingungen seitens der Nationalversammlung gilt als unzweifelhaft.

Die „Prov.-Corr.“ schreibt: Von 750 Mitgliedern der Nationalversammlung sind kaum 150 republikanisch, nicht 10 bonapartistisch, zwei Drittel sind Anhänger der alten Königshäuser, besonders Orleansisten.

Der Schluß des preussischen Landtags findet am 18. Februar statt.

London, 15. Februar. „Daily Telegraph“ erfährt aus Versailles, daß der deutsche Kaiser ernstlich krank sei.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 16. Februar. Spec. Metalliques 58.75. — Spec. Metalliques mit Raimd November-Zinsen 58.75 — Spec. National-Anlehen 67.90 — 1860er Staats-Anlehen 94.70. — Bankactien 719. — Credit-Actien 251.80. — London 123.85. — Silber 121.50. — R. 1 Münz-Ducaten 5.83. — Napoleond'or 9.91.

Sanitätsrath Dr. Bleiweis stellt folgende Interpellation an den Vorsitzenden: Sicherem Vernehmen nach soll im Bezirke Stein ein Bezirkshebammenposten verliehen worden sein.

Vorsitzender meint, er wisse nichts davon. Regierungsrath v. Andrioli werde die beste Auskunft geben können.

Regierungsrath von Andrioli erklärt, es habe sich in diesem Falle um die einfache Besetzung eines Postens durch eine Person gehandelt, welche bis nun die frühere Hebamme, welche wegen Altersschwäche ihren Dienst nicht mehr versehen konnte, unentgeltlich substituirt.

Dr. Gauster erwidert, er sei allerdings selbstverständlich diesbezüglich einvernommen worden, jedoch die Ernennung sei von der Regierung erfolgt; er sei zwar überzeugt, daß die fragliche Besetzung auch nach Anhörung des Landes-sanitätsrathes nicht anders erfolgt wäre, aber principiell müsse er Dr. Bleiweis zustimmen.

Nachdem Regierungsrath v. Andrioli im Namen der Regierung versichert, daß künftighin auch diesbezüglich der Landes-sanitätsrath einvernommen werde, stellt sich Dr. Bleiweis damit zufrieden — und es wurde sogleich in der Tagesordnung fortgeschritten.

Sanitätsrath Dr. Gauster beantragt: Der Herr k. Landespräsident werde ersucht, sich bei dem umsahenden Vorkommen der ägyptischen Augenkrankheit um Laibach mit der Militärverwaltung ins Einvernehmen zu setzen behufs Angabe, wo diese Krankheit hierlands überall beim Militär herrsche, ob sie auch bei einquartierten Soldaten vorkomme, und dieselbe aufzufordern, jeden Erkrankungsfall, der in einem Privathause bei einem Militär vorkomme, sogleich der Gemeindevorsteherung oder der Bezirkshauptmannschaft anzuzeigen, damit die Ausbreitung dieses Uebels thunlichst verhindert werde.

Nachdem dieser Antrag von der Versammlung einstimmig angenommen worden, wurde der Vorsitzende beauftragt, eine diesbezügliche Eingabe, als aus der Initiative des Landes-sanitätsrathes hervorgehend, instructionsgemäß dem Herrn k. Landespräsidenten zu übergeben. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

(Der Missionär Pirc in Amerika), unser geschätzter Landsmann, ist nach einem in der „Danica“ mitgetheilten Schreiben vom 3. Jänner in Folge der Missionanstrengungen in seinem hohen Alter von mehr als 80 Jahren erkrankt.

(Theater.) Mit Vergnügen begegneten wir in der gestrigen slovenischen Vorstellung der Reprise der „Zauberweige“, einer der reizendsten Offenbach'schen Operetten, welche noch alle Vorzüge, ohne die Fehler des Meisters, aufzuweisen hat.

Börsenbericht.

Wien, 15. Februar. Gerüchte verschiedener Art, wovon jenes über Unruhen in Paris durch eine allerdings wieder dementirte telegraphische Meldung Nahrung erhielt, verbreiteten Schrecken.

Table with columns: A. Allgemeine Staatsschuld, B. Grundentlastungs-Obligationen, C. Andere öffentliche Anleihen. Includes rows for various bonds and interest rates.

Table with columns: D. Actien von Bankinstituten, E. Actien von Transportunternehmungen. Lists various banks and transport companies with their share prices.

Table with columns: F. Pfandbriefe (für 100 fl.), G. Prioritätsobligationen. Lists mortgage bonds and priority obligations.

Table with columns: H. Privatlose (per Stück), Cours der Geldsorten. Lists private securities and exchange rates for various currencies.

Angewandte Fremde.

Am 15. Februar. Elefant. Die Herren: Sachs, Kaufm., Agram. — Engers, Kaufm., Wien. — Lucca, Kaufm., Wien. — Straznicky, k. l. Ministerialsecretär. — Drosz, Markt Tisser. — Brantczany, Fiume. — Blasnik, Sava. — Ukan, Ill.-Feistritz. — Namann, Trieste. Stadt Wien. Die Herren: Micheltisch, Privat, Treffen. — Benz, Kaufm., Hamburg. — Holzmann, Kaufm., Prag. — Bruna, Private, Graz. Baierischer Hof. Die Herren: Sterle, Feldwebel, Stein. — Menzner, Koburg.

Theater.

Heute: Die Großherzogin von Gerslein. Komische Operette in 4 Acten von J. Offenbach.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with columns: Febr. 16, Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Pariser Linien auf 0° R. reduziert, Lufttemperatur nach Reaumur, Windrichtung, Wolkensicht, Feuchtigkeit in Prozenten, Windstärke in Meilen.

Söhnennebel, tagüber dunstgefüllte Atmosphäre, dünn bewölkt. Abendroth. Das Tagesmittel der Temperatur - 3.3°, um 3.1° unter dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.



Wilhelm Währ, Apotheker, gibt im eigenen und im Namen seiner Schwägerin Katharina verehelichte Kauf, Josefine verwitwete Schmedig, Anna verehelichte Tschik und Marie verehelichte Gallé, Nachricht von dem sie höchst betrieblenden Hinscheiden seiner innigstgeliebten Mutter, der Frau

Elise Mayr,

Apothekerswitwe,

welche im 78. Lebensjahre den 15. Februar um 6 Uhr Abends nach einem kurzen Krankenlager und Empfang der heiligen Sterbesakramente selig im Herrn entschlafen ist.

Das Leichenbegängniß findet Freitag am 17. Februar um 4 Uhr vom Hause Nr. 1 St. Petersvorstadt statt.

Die heiligen Seelenmessen werden den 18. Februar um 10 Uhr Vormittags in der Pfarrkirche Maria-Verkündigung gelesen.

Die Verbliebene wird dem frommen Gebete empfohlen.

Laibach, 16. Februar 1871.

(409)



Dankagung.

Die tief trauernde Witwe sammt ihren unmündigen Kindern sagen allen Jenen, welche ihrem geliebten und unvergeßlichen Gatten, resp. Vater

Filip Vertonc

das Geleit zur letzten Ruhestätte gaben und ihre freundliche Theilnahme bezeugten, den tiefgefühltesten Dank.

St. Veit ob Wippach, am 14. Februar 1871.

Maria Vertonc geb. Leban.

Filip Vertonc, Sohn.

Marie und Antonie, Töchter.

(408)